

Produkt:	16.05.01
Federführung:	FB 20 Finanzen
Bearbeiter/in:	Brechenser
Datum:	11.05.2026

Beratungsfolge	Termin	Bemerkungen
Magistrat der Stadt Lampertheim	01.06.2026	
Haupt- und Finanzausschuss	10.06.2026	
Stadtverordnetenversammlung	24.06.2026	

**Aktueller Sachstand Biedensand Bäder Lampertheim GmbH****Sachdarstellung:**

Am 20.02.2026 wurde die Stadtverordnetenversammlung das letzte Mal über den aktuellen Sachstand der Biedensand Bäder Lampertheim GmbH (BBL) informiert. Mit dieser Vorlage sollen ergänzend dazu neue Erkenntnisse geteilt werden.

Nach Rücksprache mit der Kommunalaufsicht in Bezug auf originale Unterlagen zur Genehmigung für die Ausfallbürgschaft der Stadt Lampertheim für die Biedensand-Bäder Lampertheim GmbH hinsichtlich eines Darlehens in Höhe von 1.700.000 € wurde am 11.03.2026 festgestellt, dass das Genehmigungsverfahren nicht abgeschlossen wurde. In den folgenden Tagen hat die Stadt Lampertheim alle zur Verfügung stehenden Unterlagen im Zusammenhang mit der Bürgschaftsgenehmigung an die Kommunalaufsicht weitergeleitet. Es sollte geprüft werden, ob eine nachträgliche Bürgschaftsgenehmigung möglich ist. Mit einer Mail der Kommunalaufsicht vom 01.04.2026 teilte diese der Stadt Lampertheim mit, dass die Genehmigung zur Ausfallbürgschaft nicht erteilt werden kann. Die Begründung liegt darin, dass ein Teil der Fördergelder durch das SWIM-Programm bereits zum Zeitpunkt des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung am 06.06.2024 gezahlt wurde und ein entsprechender Vorfinanzierungsbedarf hierfür nicht mehr gegeben war. Darüber hinaus wurde bereits am 05.06.2024 ein Bausparvertrag über 1,7 Mio. € vor der Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung am 06.06.2024 durch den damaligen Geschäftsführer der BBL unterzeichnet. Letztlich lag für den Vertragsabschluss auch nicht die erforderliche Genehmigung der Kommunalaufsicht vor. Die Stadtverwaltung wurde weder über den Abschluss eines Bausparvertrages noch über den Erhalt der Fördermittel informiert und hatte auch keine Möglichkeiten, sich diese Informationen über Ordnerberechtigungen zu beschaffen.

Ein weiteres Thema waren die fehlerhaften Abschlüsse 2021-2024. Die Abschlüsse aus den Jahren 2021-2024 sowie die Zahlen für den Jahresabschluss 2025 wurden korrigiert und auf die entsprechenden Betriebs- und Investitionskosten verbucht. Die Anträge auf Änderung der Umsatzsteuer wurden ebenfalls beim Finanzamt eingereicht. Der abschließende Bericht der Betriebsprüfer des Finanzamtes steht noch aus.

Der Jahresabschluss 2024 wurde korrigiert und dem Wirtschaftsprüfer zur Erteilung des Testates vorgelegt.

Mit Stand 31.12.2025 belaufen sich die Forderungen der BBL gegenüber der BGL (EAV) auf 427.400,57 Euro. Diese erlangt erst nach Aufstellung bzw. Prüfung des Jahresabschlusses 2025 Verbindlichkeit.

Bereits am 29.10.2025 wurde die Kommunalaufsicht des Kreises Bergstraße erstmals per Mail über einige Problemfelder der BBL informiert. Im Vorfeld dieser Informationsweitergabe ist der Aufsichtsrat der BBL, als erste Erkenntnisse vorlagen, seiner Pflicht nachgekommen und hat sich mit den Themenfeldern beschäftigt. In der Folge kam es auch zum 01.11.2025 zu einem personellen Wechsel des Geschäftsführers der BBL. Im weiteren Verlauf wurde von der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat der Sachverhalt aufgearbeitet. Die Ergebnisse wurden in einem Zwischenbericht und einem vorläufigen Abschlussbericht auch der Kommunalaufsicht zu Verfügung gestellt. Die politischen Gremien wurden mit der MV 2026/18 und der MV 2026/104 ebenfalls über den Sachverhalt informiert.

Der Aufsichtsrat der BBL hat aufgrund des vorläufigen Abschlussberichtes der BBL in seiner Sitzung vom 15.04.2026 dem Magistrat empfohlen, einen Beschluss über eine externe juristische Prüfung der Sachverhalte zu beauftragen. Dieser Beschluss wurde in der Magistratssitzung vom 11.05.2026 gefasst. Der Stimmführer der Gesellschafterversammlung der BGL und anschließend der BBL wurde beauftragt, die entsprechenden Beschlüsse ebenfalls zu fassen.

erstellt:	gesehen:	freigegeben:
Gez. Brechenser		
Brechenser Sachbearbeitung	Ruh Fachbereichsleitung	Scholl Dezernent